

Gewerkschafter/innen

gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nr. 4, Dez. 2010

Reichtum, Rüstung, Krieg

Seit der Weltwirtschaftskrise 2008 zeigt sich deutlicher als je zuvor. Die Banken, ihre Aktionäre, die großen Konzerne und Versicherungen, die Anteilhaber an den großen Fonds usw. bekommen weitere hunderte Milliarden von den Staaten, d.h. von uns, damit sie weiter noch profitabler ihr Geld vermehren, spekulieren können, wir bezahlen das alles. In ganz Europa rollt diese Belastungswelle. Bei uns kommt es gerade zu neuen Steuer- u. Preiserhöhungen und insbesondere zu Kürzungen für Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, bei Schulen, Sozialeinrichtungen, bei Arbeitslosen, Studierenden usw. Das neue Budget schröpft die Masse der Bevölkerung um weitere 11 Milliarden € bis 2014. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Aktionäre. Allein 2009 betrug die Dividenden der ATX-Aktionäre 2 Milliarden €. Österreichs 39000 Millionäre besitzen heute schon 550 Milliarden €.

Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste:

Nach diesem Motto zahlen wir, die Steuerzahler, die Verluste der Spekulationen der Banken. 2010 erhielten Österreichs Banken 10 Milliarden, plus Haftungen in Milliarden Höhe. So hat z.B. die Hypo Alpe Adria schon 3 Milliarden erhalten, weitere 4 Milliarden sind uneinbringbar und der Bund, also ungefragt wir, haftet für die Bank mit insgesamt über 19 Milliarden! Wir zahlen, damit ein paar Dutzend Aktionäre keine Einbußen bei ihren Millionen, Milliarden Profiten haben! Die 500 größten Multis kontrollierten 2009 52% des Weltbrutto=sozialprodukts, 94 % dieser Konzerne handeln mit spekulativen

Finanzprodukten, weil diese ja Gewinne von 10%, 20% und mehr bringen. Es gibt eben kein gutes reales Kapital und ein „böses“ spekulatives Kapital, es gibt nur das Finanzkapital, nach dessen Pfeife die Regierungen tanzen. Erst wurde vor allem den Banken in Griechenland mit unseren Steuermilliarden „geholfen“, nun den Banken, d.h. ihren Aktionären in Irland. Welches Land kommt als nächstes dran, Portugal, Spanien?

Über die ungeheure Ausplünderung in Friedenszeiten hinaus, werden nun auch die Menschen in Europa immer mehr über Rüstungsfinanzierung und Kriegsvorbereitung für das Finanzkapital zur Kasse gebeten! Denn die europäischen Herrschenden brauchen Geld für ihre Kriege, teils mit den USA und teils in Konkurrenz zu den USA. Und Österreich soll da als EU-Mitglied mitmachen! Dazu soll auch bei uns, wie gerade in Deutschland beschlossen, ein Berufswehr installiert werden. Wiens Bürgermeister Häupl, Bundeskanzler Faymann, Außenminister Spindelegger treten nun offen für die Abschaffung der Wehrpflicht und für ein Berufswehr ein. Quer durch die Parteien wird davon gesprochen. Da 80% der Österreicher für die Beibehaltung der Neutralität sind, wird sogar behauptet, dass ein Berufswehr mit der Neutralität vereinbar sei. Das ist nicht wahr! Nur mittels eines Berufswehrs kann die Regierung jedoch die EU-Militär-Vorgaben der Teilnahme an den neuen EU-Kampftruppen, den sog. battle-Groups erfüllen und damit, so hofft sie, die Neutralität ohne größeren Widerstand der Österreicher entsorgen zu können! Die Teilnahme an den EU-Kampftruppen hat Österreichs Regierung still und heimlich – ganz ohne jegliche Volksbefragung, mit Duldung aller Parteien – schon 2004 beschlossen.

EU im Gleichklang und in Konkurrenz mit den USA im Krieg um die Weltherrschaft!

Schon 1999 hat die EU die Entscheidung gefällt, eine EU-Eingreiftruppe, in Form von Kampftruppen für globale Krisen- und Kriegseinsätze, verharmlost als „Frieden schaffende Maßnahmen“ bezeichnet, aufzustellen. 10 Jahre danach hat die EU schon 22 Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in verschiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Wer das nicht glaubt: Der frühere Leiter der EU-Sicherheits- u. Außenpolitik J. Solana hat in der im November 2009 erschienenen offiziellen **EU-Militär-Strategie-Studie für 2020** ganz offen geschrieben: *„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mitteln bereitstellen.“*... *„Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen“*... *„Die USA und EU müssen in ihren Plänen gemeinsam vorgehen... Jedoch in den Fällen, in denen die USA die NATO nicht zum Krisenmanagement einsetzen will, brauchen die Europäer die Kapazität, alleine zu handeln...“* Im Übrigen sind die meisten in der neuen EU- Strategie Studie angeführten Bedrohungen identisch mit denen, die schon in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die im September 2002 veröffentlicht wurden. *„Die USA müssen andererseits die EU als wichtigen politischen und militärischen Akteur anerkennen.“*

Weiter aus der Strategiestudie: *„Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“* ... *„Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“*... *„Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“*... *„Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“*...*„Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“*...*„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“*...*„Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“*(Link zur Strategiestudie: iss.europa.eu/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Das bedeutet, die EU rüstet, im Gleichklang mit den USA, gegen Russland und gegen China, denn wenn diese Nordkorea u. Burma, zwei Staaten, die an China grenzen und mit ihm kooperieren, aufs Korn nehmen, meinen sie letztlich China. Das gerade stattgefundene Seemanöver der USA erst mit Südkorea u. danach das größte gemeinsame Marinemanöver der USA mit Japan (44000 Soldaten, 60 Schiffe, 400 Kampfflugzeuge) zeigen das auch deutlich. Der Krieg gegen Russland bis hin zu seiner möglichen Zerschlagung ist schon Teil der US-Weltherrschaftsdoktrin, die der frühere Sicherheitsberater der US-Regierung Zbigniew Brezinskis 1999 formuliert hat. („Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“.) Diese Pläne hat G.W.Bush direkt zum Ziel seiner Politik genommen und B.Obama setzt sie fort! Z. Brezinski ist im Übrigen ein Berater von B.Obama.

Das EU-Strategiepapier zeigt, die EU-Militärmacht soll ausgebaut werden, um direkt militärisch für die transnationalen Konzerne, d.h. für das Finanzkapital Kriege zu führen, Kriege die bis hin zu einem Weltkrieg führen können! Dieses offizielle Statement der EU ist ein klares Bekenntnis zur Kriegspolitik. Und Österreich soll als EU-Mitglied da mitmachen. Deshalb gibt es nun verstärkt die Debatte um das Bundesheer. Unsere Herrschenden wollen unsere Jugend direkt für die EU- Großmächte, für die Interessen des Großkapitals kämpfen und sterben schicken! Schon zweimal im letzten Jahrhundert sind Österreicher für Großmachtinteressen marschiert. Das geht leichter, mit weniger Widerstand, mit Berufssoldaten, mit bezahlten Söldnern. Ein Berufsheer ist weit mehr der Kontrolle der Bevölkerung entzogen. Bei der Wehrpflicht ist es den Menschen schwer zu erklären, wieso sie in Asien, Afrika usw. Krieg führen sollen, wo doch die einzige Funktion unseres Bundesheeres ist, unsere Neutralität zu verteidigen. Darüber hinaus sollen dann, im Kriegsfall, doch auch wieder die Österreicher eingezogen werden. Deswegen soll ja bei uns, wie soeben in Deutschland beschlossen, mit der Einführung des Berufsheers, die allgemeine Wehrpflicht nur ausgesetzt werden.

Die neuen Kampftruppen der Euroarmee sollen den EU-Großmächten den Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geo= politischen Einflusssphären, in Konkurrenz zu den und in Kooperation mit den USA sichern.

EU- Militarisierung heißt Rüstung zum Krieg!

Damit werden sich auch für den militärisch-industriellen Komplex in Europa noch größere Profite auftun. Die 4 größten europäischen

Rüstungskonzerne machten 2005 schon 40 Milliarden Euro Umsatz, das war damals neuer Rekord. 2008 waren es schon über 70 Milliarden Umsatz bei ca. 770 000 Beschäftigten. Die größten Konzerne sind

1. die britische BAE - schon der größte Rüstungskonzern der Welt, sie stellt u.a. Atom U-Boote her;
2. die italienische Finmeccanica;
3. der deutsch-französisch-spanische EADS, der u.a. den Eurofighter, den Kampfpanzer Leopard, Trägerraketen, Lenkflugkörper, Satelliten herstellt, der Konzern ist auch führend in Europa in Aufklärungstechnik, er produziert auch den Airbus;
4. der französische Thales-Konzern. Auch die Atomkonzerne sind Teil des militärisch-industriellen Komplexes, Atomraketen u. AKWs sind ja siamesische Zwillinge. Die meisten Unternehmen sind im militärischen und zivilen Geschäft tätig.

Ein Bereich der nun auch in Europa, ähnlich wie in den USA, immer lukrativer wird, ist der sog. sicherheitsindustrieller Komplex. Für Rüstungskonzerne ergibt sich hier ein lukrativer Zweitmarkt, sie produzieren Sicherheitstechnologie auch für den zivilen Einsatz. Auf diesem Markt treffen sie sich mit IT-Unternehmen. Große IT- und Rüstungsfirmen wie Thales oder Siemens treiben diese Entwicklung voran. Und die großen EU-Staaten lassen den Konzernen nochmals viel Geld über EU-Förderung zukommen, allein 400 Millionen Euro für Sicherheitsforschung jährlich. Sie sind mit den 5 einflussreichsten Mitgliedsstaaten verwoben, mit Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien und GB.

Polizei- u. Überwachungsstaat

Die sog. Sicherheitstechnik heißt zu Deutsch: Neben der kriegerischen Aufrüstung in Europa bauen die Herrschenden nun auch den Polizei- und Überwachungsstaat mit unseren Geldern zugänglich aus, dies schon deswegen, weil sie wissen, dass die Menschen mehr und mehr gegen die Ausplünderungspolitik auf ihre Kosten und im Interesse der kleinen Minderheit von Millionären u. Milliardären, die durch Krise, Aufrüstung und Kriege ihre Profite weiter vermehren, rebellieren. Der Ausbau des Staatsapparates zeigt sich u.a. in der Überwachungsverordnung, Lauschangriff, Fingerabdruck, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, schärferer Kontrolle der Medien wie zuletzt beim Handy und beim Internet.

Um den Menschen ihre Ausplünderungspolitik als in „ihrem“ Interesse zu verkaufen, brauchen sie Feindbilder. Im Gleichklang mit den USA werden uns nun heute auch in Europa vor allem der „Islam“, aber auch schon China und Russland als die „Bösen“ verkauft,

gegen die wir uns „verteidigen“ müssten. Doch kaum wer glaubt in Europa, dass die USA im Irakkrieg die Freiheit des Westens verteidigt, ebenso wenig wie dem deutschen Verteidigungsminister zu glauben ist, der da sagte, „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch (Afghanistan) verteidigt. Im Übrigen ist Deutschlands Waffenindustrie heute, 2010, schon der drittgrößte Waffenexporteur der Welt! Seine Ausfuhren haben sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt.

Und 95% aller Rüstungsausgaben an die Konzerne bestehen aus staatlichen Ausgaben!

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die bei EADS angekauften Eurofighter. Kostenpunkt mindestens 2 Milliarden €, Betriebskosten für 2011 ca. 70 Millionen, für 2013 ca. 100 Millionen! Gesamtkosten auf 20 Jahre zwischen 4 und 6 Milliarden €! Der Eurofighter war schon die erste milliarden= schwere Vorleistung für die EU-Kampftruppen auf Kosten des Sozialstaates. Der Eurofighter ist ein Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres, Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für "Kampfeinsätze im Europäischen Verbund", mit einem Einsatzradius "Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus" zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs. Im Übrigen wird ein Berufsheer mindestens das Doppelte kosten, wie die heutige allgemeine Wehrpflicht, d.h. 4 Milliarden Euro! Als Basis dafür sind 15.000 Soldaten geplant. Doch schon beim Eurofighter hat sich gezeigt, dass die Kostenschätzungen weit zu niedrig angegeben wurden. Laut dem EU-Strategiepapier braucht es für einen einsatz= bereiten Berufssoldaten jeweils drei Soldaten, also die Kosten für 45000 Soldaten. Aus unseren Steuergeldern werden im Dienste der Multinationalen Konzerne die Kriege der Euro-Armee mitfinanziert. Ein Berufsheer bedeutet, dass noch mehr unseres Geldes in die Wirtschaft für die Militarisierung gesteckt wird, statt z.B. für Bildung und Soziales. Das Berufsheer soll der nächste Schritt sein, Österreich in die Militärpläne der EU hineinzuziehen. Dies ist ein klarer Bruch der Neutralität. Ein Berufsheer schützt uns nicht, sondern es zieht uns in den Krieg. Der Anschluss an das offensive EU-Militärbündnis ist mit dem Neutralitätsgesetz nicht vereinbar, das ist ein Verfassungsbruch und somit Landesverrat. Das würde de facto die Abschaffung der Neutralität unseres Landes bedeuten und uns in den Krieg um noch mehr Profite hineinzuziehen.



Raus aus der Wehrpflicht und rein in ein Berufsheer heißt:

weitere Milliarden für die Geschäfte der großen Konzerne
weitere Belastungen auf dem Rücken der ÖsterreicherInnen
Aushöhlung der Neutralität und hinein in EU- und NATO-Kriege

JA zur Neutralität – NEIN zum Berufsheer
JA zum Sozialstaat – NEIN zum Konzern-, Militär- und Polizeistaat
Widerst@nd ist unsere Chance – Solidarität unsere Stärke

Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um die Kriegspläne der großen EU- Staaten.

Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Krieg.

Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit für die Profite der Konzerne.

Deutschland: Castor-Transporte

17.000 Polizisten schützen die Atomprofite

Alle Jahre wieder im Herbst kommen die in Frankreich aufbereiteten hochradioaktiven Müllbehälter zurück nach Deutschland und werden in Gorleben gelagert. Das ist mittlerweile, genauso wie andere Standorte in Deutschland, als höchst gefährlicher Atommüll-Platz weltbekannt. Schon vor mehr als 30 Jahren (1977) konnte nur durch ein gefälschtes „Gutachten“ das „Entsorgungszentrum“ Gorleben gebaut werden und später den Betrieb aufnehmen. 1995 kam der erste Castor-Transport nach Gorleben, 2010 der zwölfte. Mittlerweile tritt Wasser in den Salzstock ein und droht, die zwischenlagerten Atommüllfässer leck werden zu lassen. Die Fässer sollen dort 30 bis 40 Jahre abkühlen, bevor sie in ein „Endlager“ kommen sollen, das es bis heute nirgendwo auf der ganzen Welt gibt. Derzeit wird der Atommüll, der durch die AKW-Laufzeitverlängerung ja noch mehr wird, in 16 sog. Zwischenlagern „geparkt“.

Kein Wunder, dass dadurch und durch die jüngst von der deutschen Regierung im Auftrag der Atomkonzerne durchgedrückten AKW-Laufzeitverlängerung die Menschen massivst protestieren. Im Atomland Deutschland ist die Mehrheit gegen die AKW-Laufzeitverlängerung. Und beim Protest gegen die Castor-Transporte nach Gorleben

nahmen 50.000 Menschen und mehr teil.

Das größte Polizeiaufgebot seit Jahrzehnten sollte dem Atomprofitzug die Bahn freihalten. Was Robert Jungk vor 30 Jahren in seinen Buch „Der Atomstaat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit“ beklemmend beschrieb und noch mehr für die Zukunft an die Wand malte, den (Atom)Polizeistaat, dort kommen wir heute mit riesigen Schritten hin.

Robert Jungk meinte schon damals: „Jeder nukleare Zwischenfall wird ... eine Mobilmachung von Polizeieinheiten und Streitkräften in einem Umfang nach sich ziehen, wie sie bisher nur in revolutionären Situationen angeordnet wurde ... Man muss sich die Frage stellen, ob die Entscheidung der Machteliten in den Industriestaaten für die Kernenergie ... von der Erwartung mitbestimmt wird, dass sie damit erst die materiellen Grundlagen für die Berechtigung der 'harten Politik' und des 'harten Weges' und für den 'harten Regierungsstil' schaffen: wer dann nicht 'mitzieht', ist schlechthin 'subversiv'.“

Mittlerweile nutzen die Herrschenden und ihre Parteien und Regierungen als willige Vollstrecker auch die Terroristen-, Al-Kaida oder Islamisten-Keule usw., um den Überwachungsstaat auszubauen. Wofür er wirklich dienen soll, zeigte dieser Tage der Streik der spanischen Fluglotsen: sofort wurde der „Notstand“

ausgerufen, die nicht Arbeitswilligen mit Schnellgerichten und Haftstrafen von 5 bis 10 Jahren bedroht – und das von einer „sozialistischen“ Regierung“. Zuvor hatte im Zusammenhang mit der „Griechenland-Krise“, EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso den Griechen gedroht, dass ihre Demokratie gefährdet sei, wenn sie nicht das von den Banken (meist deutsche und französische, die Griechenland im Zangengriff halten – und nicht die „faulen“ Griechen) diktierte Belastungspaket schlucken. So schaut das Demokratieverständnis der Herrschenden aller Farben und Klassen aus.

Ob Atom-, Öl-, Rohstoff- oder Bankenprofite usw., wenn diese von den Protesten und der Ablehnung der Bevölkerung bedroht sind, müssen Feindbilder, Polizei und Militär her, um das Recht und die Ordnung der Profitwirtschaft zu sichern bzw. wieder

herzustellen.

Die Herrschenden wollen ihre (Profit)krise durch Druck, Unterdrückung und Überwachung auf die arbeitenden Menschen abwälzen und suchen „international“ ihren jeweiligen Ausweg zunehmend in Handels-, Wirtschafts- und letztlich echten Kriegen. Dafür wird Stimmung gemacht. Die Profiteure wollen uns mittels ihren Medien glauben machen, dass wir, die Masse der Bevölkerung vor jeweils anderen arbeitenden Menschen unsergleichen bedroht wären, Angst haben müssten und gegen sie in Worten, in Wahlen oder letztlich in bewaffneten Konflikten – und sei es „friedenschaaffend“ zu Felde ziehen müssen. Währenddessen reiben sich die Profiteure und ihre Politiker, Parteien, Interessenvertreter und Regierungen die Hände über steigende Rohstoff- oder Rüstungsaktien. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Klären wir auf, werden wir gemeinsam aktiv!

Asse

Im Salzstock von Asse zeigt sich die ganze Pleite der Atommafia. Der Platz ist nicht nur als Zwischenlager ungeeignet, wie bekannt, haben die aggressiven salzhaltigen Wässer die dort lagernden Behälter mit Atom Müll zerfressen und schwemmen die freiwerdende Radioaktivität aus dem Gebirgsstock aus. Jüngste Studien zeigen auch, dass die Krebsrate in der Umgebung des Zwischenlagers Asse höher ist als in anderen

Gegenden Deutschlands. Eine einzige verschämte ORF-Radiomeldung zeigte dieses Desaster auf. Es wurde jedoch betont, dass man keine voreiligen Schlüsse ziehen könne. Damit will man sich den Rücken für die Weiterführung der überholten und menschengefährdenden Atomtechnologie frei halten. Diese wird, wenn für die Mächtigen nötig, mit Gewalt gegen die Bevölkerung durchgesetzt. Siehe die jüngsten Castor-Transporte.

Todsichere Atomkraft

AKW sind sauber, sicher und klimafreundlich, tönt es von der Atomlobby. Wer in AKW oder Atomaufbereitungsanlagen arbeitet, musste sich schon manchmal die Bezeichnung „Strahlenfutter“ gefallen lassen. Alles böseste Atomgegner-Propaganda, so die AKW-Chefs aller Länder. Wirklich? Im britischen Sellafield haben die dortigen Atombosse 30 Jahre lang ganz geheim die

Arbeiter der Wiederaufbereitungsanlage nach ihrem Tod auf Radioaktivität „untersucht“, d.h. ohne die Angehörigen zu fragen, wurden Leichen ausgegraben, Leber und Zungen entnommen oder auch Körperteile abgetrennt. Ergebnisse sind keine bekannt. Aber eines ist sicher: Die Atommafia glaubt ihrer eigenen Propaganda von den sicheren AKW selbst nicht.

Die BP-Gewinne sprudeln wieder

Trotz der mit 40 Millionen Dollar um rund 25% höher als veranschlagt ausgefallenen Schadenersatzzahlungen sprudeln bei BP schon wieder die Gewinne. Gab es aufgrund der Schadenersatz-Rückstellungen im ersten Halbjahr 2010 noch einen Verlust von 17

Milliarden Dollar, so verdiente BP im dritten Quartal 2010 mitsamt der horrenden Schuldenzahlung schon wieder 1,79 Milliarden Dollar. Dass das Wegstecken solcher ungeheurer Katastrophen mit einer derartigen Geschwindigkeit und scheinbaren Leichtigkeit

auf keinen Fall die Einsicht in notwendige Sicherheitsmaßnahmen fördert, liegt auf der Hand. Mangelnde Sicherheit nehmen die Konzerne und Wirtschaftsbosse bei diesen Gewinnen in Kauf. Bezahlen tun es diese Herrschaften sowieso nicht, dafür sind schon wir Steuerzahler und Konsumenten zuständig.

Grotesk wird die Sache aber, wenn man

weiter liest und erfährt, dass BP wegen der Ölkatastrophe „Familiensilber“ verkaufen wird. Und zwar Unternehmensanteile in Venezuela und Vietnam an die russische Ölfirma TNK-BP, an der BP allerdings mit 50% beteiligt ist. Ein Nullsummenspiel, bei dem, symbolisch gesprochen, die dicken Geldbündel von der Mantel- in die Hosentasche gesteckt werden.

Umweltkatastrophe in Ungarn

Dass die Produktion von Aluminium äußerst problematisch ist, haben die tragischen Ereignisse bei unseren Nachbarn in Westungarn im Oktober 2010 deutlich gezeigt.

Der Aufwand und das Gefahrenpotenzial bei der Aluminiumherstellung sind riesengroß; meist werden aus Aluminium Wegwerfprodukte wie Getränkedosen hergestellt. Mit umweltgefährdenden Chemikalien wird aus dem Ausgangsmaterial Bauxit Aluminium produziert. Abbau und Produktion erfolgen oft unter problematischen sozialen Bedingungen und unzureichenden Umweltstandards. Der Energieverbrauch ist enorm: Für eine Tonne Rohaluminium werden 14.000 kWh Strom gebraucht, das entspricht dem Jahresstromverbrauch von drei Haushalten.

Der bei der Alu-Herstellung anfallende Rotschlamm ist ein höchst gefährliches Abfallprodukt. Für eine Tonne Alu fallen ca. 1,5 t Rotschlamm an, manchmal sogar noch deutlich mehr! Der Schlamm enthält stark ätzende Natronlauge, Eisenoxid, Titanoxid und Schwermetalle wie Arsen, Chrom und Quecksilber. Wenn Rotschlamm in die Umwelt gelangt, zerstört die Natronlauge die Vegetation und ist für viele Tiere tödlich. Auch auf uns Menschen wirkt Natronlauge stark ätzend. Langfristige Schädigungen werden vor allem durch die Schwermetalle verursacht. Diese können sich in der

Nahrungskette anreichern und stellen auch auf diesem Weg eine Gefahr für Tiere und Menschen dar. Schwermetalle schädigen die Gesundheit, beeinträchtigen die Fortpflanzung und sind Krebs erregend. Weltweit werden jährlich über 200 Millionen Tonnen Bauxit abgebaut, und damit rund 40 Millionen Tonnen Aluminium hergestellt, das bedeutet rund 60 Millionen Tonnen Rotschlamm. Der Schlamm wird in Deponien gelagert. Dass sich diese Lagerstätten als tickende Zeitbomben erweisen können, hat das Unglück in Ungarn allzu deutlich gezeigt. (Daten= quelle: „die umweltberatung“)

Die ultrarechte ungarische Regierung Orban, die als Saubermacher und „Aufräumer“ angetreten ist, anfangs den Betreiber auch verhaftet hat, hat diesen bald wieder auf freien Fuß gesetzt und die Anlage darf weiter in Betrieb bleiben. Die Opfer sind die Menschen, die ihr Hab und Gut verloren haben und mit der Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens zu rechnen haben. Rechte Machthaber, so gerne sie sich – auch bei uns – „kritisch“ nach oben geben, wenn sie dann selbst an der Macht sind, sind sie genauso und ärger als die Absahner zuvor.

Die spanischen Lotsen

Wenn es ums Geld geht, kennen die Mächtigen kein Erbarmen. Den streikenden spanischen Lotsen wurde mit Gefängnisstrafen gedroht, wenn sie nicht wieder ihre Arbeit aufnehmen würden. Dem war die Ausrufung des Ausnahmezustandes voraus gegangen. Zum ersten Mal seit dem Ende der Franco-Diktatur vor 35 Jahren. Das Militär hatte die Gewalt über die Kontrolltürme übernommen, um die Streikenden zur Arbeit zu zwingen. Die Lotsen wurden mit dieser Aktion dem Militärrecht unterstellt und hätten im Ernstfall

zum Teil mit langjährigen Haftstrafen rechnen müssen, wären sie nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Was nach einem Tag Streik dann auch geschah. In dem Bericht über das Ereignis war mit keinem Wort über die Anliegen der Lotsen berichtet worden, nur über das Chaos im Flugverkehr und die festsitzenden Passagiere. Dass die Rechte der arbeitenden Menschen, nicht nur in diesem Fall immer mehr beschnitten werden, darüber war kein Wort zu lesen.

Wer ist da der Terrorist?

Man muss die Person des WikiLeaks-Chefs nicht mögen, keinesfalls gutheißen was ihm vorgeworfen wird: Vergewaltigung und sexueller Missbrauch. Doch der Zusammenfall dieser Vorwürfe und Haftbefehle mit der Veröffentlichung von geheimen Dokumenten, sei es zum Krieg der USA in Afghanistan und Irak, den Bankenmachenschaften zur Finanzkrise oder der US-Diplomatie und ihrer abschätzigen Sicht auf den Rest der Welt, scheint kein Zufall.

Es wird von einem „Cyberkrieg“ gesprochen, der gegen WikiLeaks und seinen Chef geführt wird. Verbannung vom Speicherplatz des Amazon Web-Services, Schließung des Kontos von WikiLeaks beim Bezahldienst Paypal (über den die etwa 200.000 Dollar die pro Jahr zum Betrieb notwendig sind herein kommen). Was einem nicht passt, wird gesperrt. Früher bezeichnete man einen solche Vorgang mit dem hässlichen Wort

Zensur. Bei anderen wird dies scharf kritisiert (China). Wenn man selber betroffen ist zieht man alle Register der Macht. Aber die Weste der USA ist mit solchen Mitteln nicht rein zu waschen.

Nach dem Motto „haltet den Dieb“ wird der Veröffentlichender der illegalen, menschenverachtenden, kriegerischen und kriminellen Machenschaften der hohen Herrschaften rund um den Erdball verfolgt und nicht die Verursacher der Machenschaften. Die US-Republikaner haben überhaupt gemeint, dass man den WikiLeaks-Chef wie einen Terroristen behandeln und habhaft werden müsse.

Also wohlgermerkt: Gehorsam ist die erste Bürgerpflicht – auch wenn sich einige Wenige auf Kosten der immer mehr verarmenden Masse der Bevölkerungen auf der Welt bereichern und den Globus mit Umwelt- und Kriegszerstörung zur Wahrung ihrer „Interessen“ überziehen.

LESERBRIEF

Anti-Mafia-Paragraf: § 278a hebt Rechtsstaat aus Tierschützer gefährlich – Atom- oder Finanzmarktmafia seriös?

„Als 2002 der Anti-Mafia-Paragraph § 278a beschlossen wurde, richtete er sich angeblich gegen kriminelle Vereinigungen wie Mörder- und Räuberbanden, Mädchenhändler, Rauschgiftschmuggler und so weiter. Er wurde aber so schwammig formuliert, dass Amnesty International (AI) schon damals Bedenken äußerte, er könnte auch zur Vernichtung von Personen oder Gruppen missbraucht werden, die sich für Menschenrechte, Umweltbelange oder Tierschutz einsetzen. Denn schließlich versuchen diese, Wirtschaft und Politik zu beeinflussen (indem sie z.B. für Verzicht auf Kinderarbeit oder gegen Atomkraftwerke oder für strengere Tierschutz-Gesetze agitieren und damit automatisch immer auch irgendwelche Geschäftsinteressen stören). Versuchte Einflussnahme auf Wirtschaft oder Politik wird im §278a ausdrücklich als Delikt angeführt. Eine weitere Besonderheit dieses Paragraphen ist, dass unbescholtene Bürger und Bürgerinnen auch ohne Beweise in U-Haft gesteckt werden können. AI wurde damals ausgelacht. Die Entwicklung

seither lässt aber befürchten, dass sich Firmen oder Einzelpersonen mit den richtigen Verbindungen schon jetzt Prozesse gegen unliebsame Kritiker „bestellen“ können. In einer beispiellosen Rambo-Aktion haben die Behörden im März 2008 Menschen aus Tierschutzorganisationen, die mit legalen, aber lauten und lästigen Methoden bereits Verbesserungen für Teile der österreichischen Tierschutzgesetzgebung durchgesetzt hatten, festgenommen und dann einfach für alles angeklagt, was in den letzten Jahren an Straftaten passiert war und vielleicht einen Bezug zu Tierschützern haben könnte. Anders als die Öffentlichkeit glaubt, gibt es aber praktisch keine Beweise. Gegen einige der Beschuldigten mussten daher inzwischen alle konkreten Punkte fallengelassen werden. Aber obwohl sie einander vorher zum Teil gar nicht kannten, stehen sie immer noch wegen Mitgliedschaft in einer erfundenen kriminellen Vereinigung nach § 278a vor Gericht. Damit sind sie mit bis zu fünf Jahren Haft bedroht.“

G.N.

P.S. Mittlerweile wurde bekannt, dass die Staatspolizei zwei Jahre lang eine verdeckte Ermittlerin, eingeschleust hatte.

EU WILL ATOMMÜLLAGER

Mehr als 50 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten AKW im britischen Calder Hall 1956 existieren noch immer kein Endlager in der EU. Die EU-Kommission macht jetzt Druck. EU-weit sind in 14 der 27 Mitgliedstaaten derzeit 143 Kernkraftwerke in Betrieb, davon allein in Frankreich 58 und in Deutschland 17. Jedes Jahr fallen dort rund 7.000 Tonnen hochradioaktiver Abfall an. In dem Anfang November präsentierten Entwurf werden "Sicherheitsstandards" für Endlager vorgeschlagen. Zudem sollen die EU-Staaten

binnen vier Jahren nationale Programme vorlegen, in denen sie angeben, wann, wo und wie sie entsprechende Atommülllager zu bauen und zu betreiben beabsichtigen. Mit Verabschiedung der Richtlinie würden international vereinbarte Standards in der EU rechtsverbindlich und durchsetzbar gemacht, was neu wäre. Das Vorhaben der EU ist eine gefährliche Drohung und soll auch Österreich, das kein AKW hat, mit in die EU-Atompolitik hineinziehen. Wir Atom(müll)=gegner müssen auf der Hut sein!

DAS VORLETZTE:

Trara, die Post ist da

Die Post will neue Wege gehen, verrät sie uns kürzlich, und stellt uns Fragen.

Und im gleichen Prospekt ein bisschen Eigenlob:

7 online-Services;

20.000 Annahmestellen in ganz Österreich;

1Milliarde Briefe jährlich;

96% aller Inlandsbriefe innerhalb eines Tages zugestellt;

122 Postboten im letzten Jahr von Hunden gebissen!!!

Was nicht drin stand:

5.000 Entlassungen 2010; immer härtere Arbeitsbedingungen für immer weniger Mitarbeiter, im

Sinne von „den Letzten beißen die Hunde“ und dafür aber mehr als hundert Millionen

Dividendenauszahlung

DAS LETZTE

Auf Steuerzahlerkosten

Blaublütlers Atomfurz

„Ich erinnere mich noch gut an die Zwentendorf-Volksabstimmung im Jahr 1978. Sie war weniger ein Plebiszit über die Atomkraft als eine Protesterklärung gegen Kreisky. Doch aus dem Protest wurde mit den Jahren ein Dogma wie die Neutralität. Beides ist heute sinnentleert, wird aber weiter hochgehalten. Wenn ich nach Orlik fahre oder auf meine Jagdhütte in den Wäldern dort unten, wohne ich zirka 25 Minuten von Temelin entfernt und fahre immer unter diesen Türmen durch. Sie können sich ja gar nicht vorstellen, wie vertraut einem so ein Kühlturm werden kann.“ (Karl Schwarzenberg, tschechischer Außenminister – Quelle: Kleine Zeitung, 22.10.2010)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at